

## MADAGASKAR: AU-Sanktionen verhängt – Neue Verfassung und Wahlen gefordert



Bild: Antananarivo Rova Palace | Wikimedia Commons

Von Jerome Mwanda

Nairobi, 23. März (IPS/IDN\*)- Seit dem Sturz der Regierung von Madagaskar steckt der Inselstaat tief in der Krise. Die Putschisten regieren seit einem Jahr in einem Übergangskabinet, das international nicht anerkannt wird. Nach dem Scheitern mehrerer Verhandlungsrunden hat die Afrikanische Union (AU) Sanktionen gegen das Land in Kraft gesetzt.

Der Staatenbund beschloss, Madagaskar diplomatisch zu isolieren und Mitgliedern der Regierung Einreisevisa für andere afrikanische Länder zu verweigern. Möglicherweise werden bald auch Wirtschaftssanktionen verhängt.

Laut dem sambischen Botschafter Albert Muchanga, der in der AU für Sicherheitsfragen zuständig ist, sind 109 offizielle Vertreter des südostafrikanischen Landes direkt von den Strafmaßnahmen betroffen. Unter ihnen sind der selbst ernannte Präsident Andry Rajoelina und hochrangige Armeeoffiziere. Sie müssen auch damit rechnen, dass ihre Konten im Ausland eingefroren werden.

Die AU griff durch, nachdem der Inselstaat vor der Küste Mosambiks einen von der Organisation unterstützten Friedensvorschlag torpedierte. Rajoelina hatte im vergangenen März mit Hilfe des Militärs den demokratisch gewählten Staatschef Marc Ravalomanana zum Rücktritt gezwungen. Ravalomanana lebt seitdem im Exil.

Die Sanktionen treffen die ehemalige französische Kolonie kurz nach dem Durchzug des tropischen Wirbelsturms 'Hubert', der mindestens 36 Menschen getötet und weitere 85.000 verletzt hat. Gesundheitsexperten warnen nun vor dem Ausbruch von Seuchen. Bereits 2000 und 2004 hatten schwere Stürme und Überschwemmungen zahlreiche Madegassen obdachlos gemacht.

Großteil der Bevölkerung lebt in Armut

Politische Beobachter warnen davor, dass die AU-Sanktionen das Elend großer Teile der Bevölkerung weiter vergrößern werden. Offiziellen Angaben zufolge müssen zwei Drittel der rund 20,6 Millionen Einwohner mit weniger als 1,25 Dollar täglich auskommen. Mehr als die Hälfte der Madegassen sind Anhänger von Naturreligionen, 41 Prozent Christen und sieben Prozent Moslems.

Angesichts der schwierigen Lage dringt die Internationale Krisengruppe (ICG) auf rasche Reformen in Madagaskar. Eine neue Verfassung und unverzügliche Wahlen unter internationaler Beobachtung würden es dem Land ermöglichen, sich auf die Lösung der wichtigsten Probleme zu konzentrieren, sagte die Vize-Direktorin des ICG-Afrika-Programms, Daniela Krosiak. "Dies könnte dem derzeitigen Machtkampf ein Ende setzen und das Land aus der Krise herausmanövrieren", meinte sie.

Die ebenfalls für die in Brüssel ansässige Nichtregierungsorganisation tätige Afrikaexpertin Charlotte Larbuison kritisierte, dass die Politiker in Madagaskar vor allem daran interessiert seien, ihre eigenen Pfründe zu sichern. Ihnen gehe es weit weniger darum, eine Lösung zu finden, die dem gesamten Land zugute komme. "Der Mangel an einem politischem Kompromisswillen hat eine Gewaltenteilung unmöglich gemacht", stellte Larbuison fest. Schuld an der verfahrenen Lage sei vor allem Rajoelinas Kabinet, das die mit der AU 2009 ausgehandelten Abkommen nicht umsetzen wolle.

In dem kürzlich verbreiteten ICG-Bericht 'Madagascar: Ending the Crisis' heißt es, dass der Staat seit den blutigen Unruhen im vergangenen Jahr in einer Dauerkrise stecke. Rajoelina, damals noch Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, hatte Zehntausende Menschen mobilisiert, die öffentlich gegen Ravalomanana protestierten.

Die politische Elite Madagaskars habe nach dem Umsturz der Regierung absichtlich eine Pattsituation herbeigeführt und die Bildung demokratischer Institutionen verhindert, geht aus dem Report hervor. Damit wolle sie ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen schützen. Laut ICG kommt es seit der Machtübernahme von Rajoelina zwar nicht mehr zu unkontrollierten Gewaltausbrüchen. Die Legitimität seiner Regierung werde jedoch im In- und Ausland in Zweifel gezogen.

ICG verbreitet Zehn-Punkte-Katalog

Die von der früheren UN-Menschenrechtshochkommissarin Louise Arbour geleitete Organisation appellierte an die Krisenvermittler, mit einer veränderten Strategie eine weitere Zuspitzung der Lage im Land zu verhindern. Eine Einigung auf eine neue Verfassung und die baldige Abhaltung von Wahlen sollten an erster Stelle stehen.

In einem von der ICG aufgestellten Zehn-Punkte-Katalog wurde ein politisches Abkommen aller madagassischen Parteien angeregt. Demnach sollen die AU und die UN gemeinsam darüber wachen, dass Vertreter der Parteien und der Zivilgesellschaft die Verfassung einvernehmlich ausarbeiten.



Das Magazin wird vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegeben



Die Welthungerhilfe leistet Hilfe aus einer Hand: von der schnellen Nothilfe nach einer Katastrophe bis zu langfristigen Projekten mit einheimischen Partnern.



Die Friedrich- Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet



Die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) ist eine überparteiliche und gemeinnützige Einrichtung, die 1986 auf Initiative von Willy Brandt unter der Mitwirkung des damaligen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten Johannes Rau gegründet wurde.

Über das neue Grundgesetz solle die Bevölkerung dann in einem Referendum abstimmen, heißt es weiter. Den reibungslosen Ablauf der Wahlen soll eine spezielle Polizeitruppe gewährleisten, die mit den Sicherheitskräften zusammenarbeitet. Die USA, die EU und Südafrika werden aufgefordert, den Friedensprozess diplomatisch und finanziell zu unterstützen. Weitere Finanzmittel sollen aber solange zurückgehalten werden, bis der Wahlprozess erfolgreich abgeschlossen worden ist. (Ende/IPS/ck/2010)

\*Der vorliegende Beitrag ist ursprünglich im Online-Informationdienst IDN-InDepthNews erschienen, einem Kooperationspartner von IPS Europa.

Links:

<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?l=2>

<http://www.africa-union.org/>

<http://www.indepthnews.net/news/news.php?key1=2010-03-20%2001:53:51&key2=1>



Copyright © 1998-2005 IPS Dritte Welt Nachrichtenagentur GmbH  
Copyright © 2006-2010 IPS-Inter Press Service Europa gGmbH